



# Rückkehr von Republikflüchtlingen

5. Dezember 1956

Information Nr. 373/56 – Betrifft: Rückkehr von Republikflüchtigen in die DDR

## Quelle

BStU, MfS, AS 86/59, Bl. 80–90.

## Serie

Informationen.

## Verteiler

KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Wollweber, Mielke, Last, Beater, Markus Wolf, Abt. VII, Ablage.

## Bemerkungen

Im Verteiler »Walter« durchgestrichen und durch »VII« ersetzt. – Inhaltsübersicht mit Seitenangaben nicht wiedergegeben.

Aus verschiedenen Bezirken der DDR gibt es Hinweise, dass der Gegner Republikflüchtige und andere Personen dazu ausnutzt, um sie als »Rückkehrer« und »Zuwanderer« in die DDR zurückzuschicken, um so sein Agentennetz zu vergrößern und Terrorgruppen zu schaffen. Andererseits ist festzustellen, dass ein beträchtlicher Teil der Rückkehrer asoziale und kriminelle Elemente sind, die durch ihre Übersiedlung nur Vorteile erlangen wollen. Dazu wird von einem großen Teil der Bevölkerung negativ Stellung genommen, dass diesen Menschen vom Staat umfangreiche Unterstützung wie Wohnraum, Arbeitsplatz, Kredit gewährt wird.

### *I. Ausnutzung von Republikflüchtigen durch westliche Geheimdienste und Agentenzentralen<sup>1</sup>*

Unter Ausnutzung des Regierungsauftrages versuchen die westlichen Geheimdienste und Agentenzentralen Republikflüchtige und andere Personen als sogenannte »Rückkehrer« und »Zuwanderer« in das Gebiet der DDR einzuschleusen. Diese Agenten erhalten Spionageaufträge und die Anweisung, Terrorgruppen im Gebiet der DDR zu schaffen.

### *Dazu folgende Beweise:*

Im August 1956 wurde einer Person von einem CIC-Residenten mitgeteilt,<sup>2</sup> dass sie dazu ausersehen sei, im Bezirk Schwerin eine Agentengruppe zu leiten. Bei dieser Arbeit sollte der Agent von einem Bekannten unterstützt werden, den der Amerikaner als »Rückkehrer« in den Bezirk Schwerin schicken wollte.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt meldeten sich drei ehemalige Republikflüchtige, die der amerikanische Geheimdienst als »Rückkehrer« in die DDR zurückschickte. Sie sollten sich vor allem in wirtschaftlichen Schwerpunkten, besonders Maschinenbau, Bergbau oder Flugzeugbau, um Arbeit bemühen. Auch im Bezirk Schwerin gibt es Fälle, dass sich Personen meldeten, die vom Amerikaner als »Rückkehrer« in die DDR geschickt wurden. So wurden z. B. zwei Republikflüchtige vom amerikanischen Geheimdienst in Westberlin in der Clayallee 242 angeworben und zurückgeschickt.<sup>3</sup> Auch diese beiden Personen erhielten Aufträge, in der DDR Flugplätze aufzuklären und sich in der Flugzeugindustrie Arbeit zu suchen.

Im Bezirk Dresden gibt es ebenfalls Anzeichen, dass »Rückkehrer« im Auftrage westlicher Geheimdienste zurückgeschickt werden. Eine Person, die im Vorjahre die Republik verließ, meldete sich im November 1956 als Rückkehrerin, begann in einem VEB zu arbeiten und versuchte laufend Informationen über Einheiten der Nationalen Streitkräfte und der Sowjetarmee zu erhalten.

Über die Tätigkeit der Geheimdienste und Agentenzentralen geben folgende Tatsachen Auskunft:

- Nach vorliegenden Unterlagen hat die KgU in Westberlin 800 bis 1 000 – meist jüngere Republikflüchtige aus den Flüchtlingslagern für »besondere Einsätze« zusammengestellt.<sup>4</sup>
- Am 30.10.1956 erschienen im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde drei »Herren«, die zu den Republikflüchtigen sprachen und ausführten, »sollten sich ein Beispiel an Ungarn nehmen.<sup>5</sup> Die hätten gezeigt, wie man sich vom »russischen Joch« befreien könnte.« Nach Aufforderung meldeten sich Einzelne, die bereit waren, unter falschem Namen in die DDR zurückzukehren.
- Am 28.10.1956 fand im Flüchtlingslager Berlin-Neukladow<sup>6</sup> im Anschluss an eine Rundfunkansprache des Westberliner Bürgermeisters Su (zu den Ereignissen in Ungarn) eine Versammlung statt. Der Lagerleiter Altmann<sup>8</sup> sowie der Sanitäter [Name 1] führten dabei provokatorische Reden gegen die DDR, u. a. ... »dass die Deutschen es den Ungarn gleichtun müssten«. Einige der Flüchtlinge äußerten, »...dass sie endlich vollenden müssen, was die Polen<sup>9</sup> und Ungarn begonnen haben und dass die Staatssicherheit ausgerottet wird, – so wie am 17.6.1953 dürft es nicht wieder kommen.«
- In einem anderen Fall wurden in einem westdeutschen Flüchtlingslager »Freiwillige« für Ungarn gesucht. So meldeten sich am 11.11.1956 Grenzkontrollpunkt Marienborn zwei Rückkehrer aus dem Lager Wolsdorf.<sup>10</sup> Sie gaben an, dass im Lager Jugendliche »für den Einsatz in Ungarn« geworben wurden, wobei sich jedoch nur eine geringe Anzahl meldete.

## II. Die Ausnutzung von Republikflüchtigen zur Spionage und Werbung von Agenten durch die imperialistischen Geheimdienste

Eine andere Art der Ausnutzung von Republikflüchtigen ist die Befragung in den Sichtungsstellen der imperialistischen Geheimdienste, in den Notaufnahmelagern Berlin-Marienfelde, Gießen und Uelzen<sup>11</sup> sowie in den Dienststellen der Geheimdienste und Agentenzentralen selbst. Hier werden die Republikflüchtigen über wirtschaftliche, militärische und politische Dinge befragt bzw. verhört. Andererseits werden auch Republikflüchtige durch diese Dienststellen veranlasst, Bekannte und Verwandte in der DDR zu einer persönlichen Aussprache einzuladen. Dabei wird oft darauf hingewiesen, dass der Briefschreiber unbedingt die Hilfe des Empfängers benötigt und dass alle Unkosten zurückerstattet werden. Bei dieser Zusammenkunft werden die Personen dann mit den Mitarbeitern oder Residenten des jeweiligen Geheimdienstes in Verbindung gebracht, die versuchen, diese Menschen für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Es gibt auch Fälle, wo im Brief eine Telefonnummer einer solchen Dienststelle mitgeteilt wird unter dem Vorwand, dass der Republikflüchtige unter dieser Nummer zu erreichen sei. Wenn die Bürger der DDR dann bei einem Besuch in Westdeutschland oder Westberlin diese Telefonnummer anrufen, so haben sie schon einen direkten Kontakt zu der Dienststelle des jeweiligen Geheimdienstes. Oft wird dann von der Dienststelle mitgeteilt, dass der »Flüchtling« bereits ausgeflogen wurde. Dabei wird ein Treff zu einer Aussprache vereinbart, bei der versucht wird, den Besucher zur Agententätigkeit zu gewinnen.

Dieser vorerwähnten Methoden zur Ausnutzung von republikflüchtigen Personen bedient sich vorwiegend der amerikanische Geheimdienst. Auch vom englischen Geheimdienst wurden einzelne Fälle dieser Art bekannt.

## III. Rückkehrer und Zuziehende, die zur Erlangung persönlicher Vorteile in das Gebiet der DDR kommen

In den Aufnahmeheimen wie auch in verschiedenen Kreisen der DDR wird immer wieder festgestellt, dass ein großer Teil der Rückkehrer und Neuzuziehenden aus Westdeutschland asoziale und kriminelle Elemente sind, die nur die Vergünstigungen in der DDR in Anspruch nehmen wollen und nicht gewillt sind, ehrliche Arbeit zu leisten. Dabei zeigt sich ein gewisser Prozentsatz äußerst negativ, der die DDR wieder verlässt, nachdem er alle Vorteile ausgenutzt hat. Von diesen Personen werden oftmals auch in den ihnen zugewiesenen Arbeitsstellen negative Diskussionen geführt, der Westen verherrlicht und andererseits kriminelle Delikte begangen.

Am 15.11.1956 wurde von der Grenzkommandantur Waddekath,<sup>12</sup> [Kreis] Salzwedel, über einen verstärkten illegalen Grenzübertritt von Bürgern der Bundesrepublik in den letzten Tagen berichtet, wobei es sich in den meisten Fällen um kriminelle Elemente handelte.

Am 25.10.1956 äußerte ein Insasse im Aufnahmeheim Eisenach,<sup>13</sup> [Bezirk] Erfurt, auf das Bild des Präsidentenweisend: »Nicht wahr, das ist ein fetter Kerl, wenn ich könnte, wie ich möchte, würde ich diese Kerle alle umbringen.« Daraufhin drehte er das Bild des Präsidenten um und äußerte zu vier weiteren Anwesenden: »Ihr habe nichts gesehen, man muss es mir erst beweisen.« Auf einen Einwand sagte er: »Mit denen gehörte es allen so gemacht.« (Gemeint waren damit alle Staatsfunktionäre.)

Im VEB Maschinenbau Werk 1 in Zeulenroda<sup>14</sup> musste ein Zuwanderer fünf Tage nach seiner Einstellung wieder entlassen werden, da er nicht arbeitete, sondern nur im Betrieb umherging und negativ diskutierte. U. a. sagte er, dass die Arbeiter, wenn sie keine Butter bekämen, auch nicht arbeiten sollten. Auch aus anderen Betrieben im Bezirk Gera wurden ähnliche Fälle bekannt.

Im Kreisbauhof Rathenow, [Bezirk] Potsdam, sind zwei westdeutsche Zuwanderer beschäftigt, die vorher nach ihren Angaben im Ruhrbergbau tätig waren. Beide versuchten Stimmung gegen die Verhältnisse in der DDR zu machen und erklärten u. a. dem Betriebsleiter, »dass sie in der DDR hungern müssten und dass sie als Arbeitslose in Westdeutschland besser gelebt hätten«. In weiteren Diskussionen äußerten sie, »dass die Normen und das ganze Prämiensystem verschwinden müsste«. Unter dem Einfluss der Zuwanderer sprach auch ein Maurer, der schon elf Jahre beim Kreisbauhof arbeitet, plötzlich gegen die Prämien.

Im Spinn- und Zwirnereimaschinenbau Karl-Marx-Stadt war ein Zuwanderer, der sich in die FDJ eingeschlichen hatte und positiv diskutierte. In der letzten Zeit nahm er jedoch eine äußerst negative Haltung ein, wobei er provokatorische Redensarten wie »Kommunistenschwein« u. a. gebrauchte. Bei einer Festnahme leistete er erheblichen Widerstand (in 11 Fällen homosexuell).

Über den moralischen Zustand der Menschen, die in die DDR übersiedeln, berichtet ein Lagerinsasse des Aufnahmelagers in Bützow, <sup>15</sup> [Bezirk] Schwerin: »... ist nur zu sagen, dass man sich vorkommt wie in einer internationalen Niederlassung, dass verkauft und verhökert wird – das letzte Hemd. Verlobungen unter Leuten, die erst zwei Tage zusammen sind, scheinen an der Tagesordnung zu sein.«

In der Rückkehrerstelle Berlin meldete sich am 21.10.1956 die [Name 2, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1931, als Rückkehrerin. Die [Name 2] gilt als Prostituierte und hat folgende Vorstrafen in der DDR:

- 6.12.1951: wegen Diebstahl,
- 27.2.1953: wegen Verletzung der Absperrmaßnahmen (Prostitution) zu sieben Monaten Gefängnis,
- 14.12.1953: wegen dem gleichen Delikt drei Monate Gefängnis,
- 1.7.1954: wegen Ausweis- und Wohnungslosigkeit zu drei Monaten Gefängnis,
- 20.5.1955: wegen Verstoß gegen die Meldeordnung drei Monate Gefängnis,
- 22.11.1955: wegen Verletzung der Absperrmaßnahmen (Prostitution) sieben Monate Gefängnis.

Die [Name 2] wurde durch die Rückkehrerstelle Berlin aufgenommen und in Berlin eingewiesen.

Am 14.11.1956 meldete sich der [Name 3, Vorname] geb. [Tag, Monat] 1926, mit seiner Ehefrau als Rückkehrer in den demokratischen Sektor Berlins. [Name 3] hat folgende Vorstrafen:

- 12.10.1946: wegen Beleidigung zu 150 DM Geldstrafe,
- 20.2.1947: wegen Diebstahl zu 75,00 DM Geldstrafe,
- 16.4.1947: wegen Diebstahl zu zwei Wochen Gefängnis,
- 10.7.1947: wegen Diebstahl zu vier Monaten Gefängnis,
- 31.7.1947: wegen Verstoß gegen die Marktordnung zu 200 DM,
- 7.1.1948: wegen Raub zu drei Jahren Zuchthaus,
- 4.8.1953: wegen faschistischer Propaganda zu einem Jahr Gefängnis.

[Name 3] ging im November 1954 nach Westberlin. Er wurde am 14.11.1956 als Rückkehrer aufgenommen und nach Berlin-Pankow eingewiesen. <sup>16</sup>

Andere Fälle zeigen, dass verschiedene Elemente laufend von West nach Ost und umgekehrt überwechseln und dabei nur ihre Vorteile suchen.

So kam der Melker [Vorname Name 4] geb. [Tag, Monat] 1931 im Juni 1954 als Neuzug und wurde nach Finsterwalde eingewiesen. <sup>17</sup>

- August 1954: 1. Republikflucht nach Westdeutschland.
- 17.12.1954: 1. Rückkehr, eingewiesen in den Bezirk Cottbus.
- 27.12.1954: von der BdVP Cottbus ausgewiesen.
- 12.7.1956: 2. Rückkehr trotz Sperrvermerk, eingewiesen in den Bezirk Magdeburg.
- 4.9.1956: Republikflucht nach Westdeutschland.
- 30.11.1956: 3. Rückkehr über Berlin, nach Magdeburg eingewiesen.

[Name 4] hat in der DDR nur gelegentlich gearbeitet und wurde 1952 in Westdeutschland zweimal wegen Landstreicherei bestraft. Die Ausweisung durch die BdVP Cottbus erfolgte, weil er wegen Ausweisbetrug zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde und als arbeitsscheu bekannt war.

Der Industriekaufmann [Vorname Name 5], geb. [Tag, Monat] 1928, kam 1954 als Neuzug in die DDR.

- April 1955 mit Ehefrau wieder nach Westdeutschland.
- Juli 1955 mit Ehefrau wieder in die DDR, nach Görlitz eingewiesen.
- August 1956 mit Ehefrau wieder nach Westdeutschland.
- 26.11.1956 kam [Name 5] ohne Ehefrau in die DDR und wurde durch die Aufnahme stelle Berlin erneut nach Görlitz eingewiesen. [Name 5] in der DDR wegen Unterschlagung und Betrug zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben.

Die [Name 6], geb. [Name 7, Vorname], [Tag, Monat] 1931, versuchte am 9.11.1956 zum 4. Mal in die DDR zurückzukehren.

- Sie ging 1948 illegal nach Westdeutschland.
- Juni 1949 kehrte sie in die DDR zurück.
- 1950 bis 1951 wieder in Westdeutschland.
- Am 11.10.1952 stellte sie erneut den Antrag zur Notaufnahme in Westdeutschland. <sup>18</sup>
- Oktober 1954 kehrte sie wiederum in die DDR zurück.
- 3.9.1956 wieder republikflüchtig nach Westdeutschland.
- 3.11.1956 als Rückkehrerin in die DDR.

Vorstrafen:

- 1949 wegen Urkundenfälschung: 3 Monate Gefängnis.
- 1954 wegen Einbruchdiebstahl: ein Jahr Gefängnis.
- 1950 wegen Diebstahl: neun Monate Gefängnis.
- 1956 wegen Betrug: vier Monate Gefängnis.

Erst beim 4. Mal wurde die Aufnahme der Vorgenannten verweigert.

[Name 8, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1933, ging am 18.2.1955 mit Familie nach Westdeutschland.

- 10.06.1955 zurück in die DDR.
- 11.11.1955 wieder nach Westberlin.
- 25.2.1956 allein zurück in die DDR.
- 30.2.1956 wieder nach Westberlin.
- 9.6.1956 allein zurück in die DDR.
- 18.8.1956 wieder nach Westberlin.
- 26.11.1956 wieder mit Familie in die DDR, wobei erst jetzt eine Aufnahme in die DDR abgelehnt wurde.

[Name 8] saß vom 13.6.1956 bis 13.8.1956 wegen Abwerbung in der Haftanstalt Berlin, Keibelstraße, sechs Wochen U-Haft in Perleberg und eine Woche U-Haft in Schwerin wegen Abwerbung.

Ähnliche Fälle könnten noch in großem Umfang angeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist nachfolgende Aufstellung beachtenswert: Seit 1.4.1956 wurden folgende Rückkehrer durch die Rückkehrerstelle Berlin nach Berlin eingewiesen, die in der Aktenhaltung des PdVP Berlin bekannt sind. (Die Aktenhaltung des PdVP Berlin hat nur Unterlagen über Personen, die in Berlin wohnhaft gewesen sind.)

<b>Monat</b>	<b>Rückkehrer</b>	<b>kriminell angefallen</b>	<b>davon vorbestraft: 1 ×</b>	<b>~bis 5 ×</b>	<b>~über 5 ×</b>
April	274	73	25	41	7
Mai	286	124	34	59	31
Juni	257	91	34	48	9
Juli	280	88	31	43	14
August	259	75	24	35	16
September	313	88	28	44	16
Oktober	370	123	60	49	14
<i>Insgesamt</i>	<i>2039</i>	<i>662</i>	<i>236</i>	<i>319</i>	<i>107</i>

Nach dieser Aufstellung ist fast jede vierte Person kriminell angefallen. Laut Mitteilung der VP werden von den in Berlin eingewiesenen Rückkehrern und Zuziehenden monatlich ca. 25 bis 30 Personen wegen kriminellen Delikten neu bearbeitet.

Weiter gibt es Republikflüchtige, die wieder in die DDR zurückkehren wollen, ihre Rückkehr aber mit gewissen Forderungen verbinden. So kehrte ein Lehrer der Karl-Marx-Schule in Riesa in die DDR zurück, nachdem ihm die Erfüllung seiner Forderungen zugesagt wurde.

1. Sofortige Wiedereinstellung in die Karl-Marx-Schule;
2. Entbindung von der Funktion des Schulgartenobmannes;
3. Zuweisung einer Wohnung.

#### IV. Stimmung der Bevölkerung der DDR zur Unterstützung von Rückkehrern und Zuziehenden

Zur Unterstützung der Rückkehrer und Zuziehenden wird von einem großen Teil der Bevölkerung der DDR negativ Stellung genommen. Unverständnis herrscht vor allem darüber, dass diesen Menschen vonseiten des Staates so großzügige Vergünstigungen wie Wohnraum, Arbeitsplatz, Kredit usw. gewährt werden. Es gibt auch Hinweise, wo Bürger der DDR diese Maßnahmen sich zu Nutze machten und republikflüchtig wurden, um als Rückkehrer durch die Vergünstigungen in den Besitz einer besseren Wohnung zu kommen. So äußerte z. B. ein Brigadier im VEB Maschinenbau Werk I Zeulenroda: »Es ist besser man lässt diese Zuwanderer gar nicht in die DDR, denn sie richten mehr Schaden an, als was sie uns nützen.«

Die Arbeiter der Hutfabrik in Luckenwalde, [Bezirk] Potsdam, (VEB) bringen ebenfalls ihre Unzufriedenheit über die Vergünstigungen für Rückkehrer zum Ausdruck. Sie sind vor allem damit nicht einverstanden, dass man den Rückkehrern bevorzugt gute Wohnungen beschafft, während viele Arbeiter aus der DDR immer wieder getröstet werden. Einige Arbeiter äußerten: »Wenn wir einen besseren Arbeitsplatz oder gar eine Wohnung haben wollen, müssen wir erst nach dem Westen gehen. Wenn wir dann zurückkommen, bekommen wir alles.«

Im VEB Kraftwerk Breitung, [Kreis] Schmalkalden, gibt es ebenfalls negative Meinungen zur Unterstützung der Rückkehrer, besonders zur Bevorzugung mit Wohnraum. Charakteristisch, auch für viele andere Diskussionen in den Bezirken, ist die Äußerung eines Arbeiters im Kraftwerk, »dass die Menschen, die in der DDR [eine] Wohnung suchen, hinter den Westrückkehrern zurückstehen müssen. In Breitung, [Kreis] Schmalkalden, sehe es so aus, dass alle Zuwanderer und Rückkehrer aus Westdeutschland die Vorteile ausnützen und dann am Ende doch wieder verschwinden. Man dürfte diesen Menschen nicht so große Vorteile zukommen lassen, denn sie hielten doch nicht zu uns.«

Im Bezirk Berlin-Friedrichshain waren einige Bewohner ungehalten, dass alle Personen ohne Unterschied, ob es sich um kriminelle oder asoziale Elemente oder andere Menschen handelt, als Rückkehrer aufgenommen werden. So erhielt die Familie [Name 9] nach ihrer Rückkehr in den demokratischen Sektor eine 2-Zimmer-Wohnung sowie 2 000 DM Kredit. Die Familie ist als Trinkerfamilie bekannt und hinterließ bei der Republikflucht eine völlig verwahrloste Wohnung. Frau [Name 9] erzählte in betrunkenem Zustand, »dass der Staat ja verpflichtet ist, für ihre Kinder und für sie zu sorgen«.

1

Unter »Agentenzentralen« oder »Feindzentralen« verstand das MfS antikommunistische Organisationen, die von der Bundesrepublik aus gegen die DDR agierten, wie die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und DGB, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen, aber auch staatliche Einrichtungen, wie das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, die Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge in Gießen, Uelzen und Berlin-Marienfelde oder der Bundesnachrichtendienst bzw. die Organisation Gehlen als dessen Vorläufer.

2

Das Counter Intelligence Corps (CIC) war ein militärischer Nachrichtendienst der USA, der als Spionage-Abwehrabteilung des Heeres fungierte.

3

In der Clayallee 242 im Westberliner Bezirk Zehlendorf befand sich eine Dienststelle des CIC.

4

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine u. a. von US-amerikanischen Geheimdienststellen finanzierte und angeleitete antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus mittels Propaganda und zeitweise auch mit militanten Aktionen den Widerstand gegen das SED-Regime unterstützte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln 2015. Im Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge in Berlin-Marienfelde führte u. a. die KgU Flüchtlingsbefragungen durch.

5

Hier wird angespielt auf den Volksaufstand in Ungarn, der am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest begann, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Am 30.10. bildete Nagy eine Mehrparteienregierung und am 1.11. erklärte er die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Am 4.11. wurde Nagy als Ministerpräsident abgesetzt und durch Kádár ersetzt, die sowjetische Armee griff erneut ein. Bis zum 15.11. gab es heftige Kämpfe im Land, denen aufseiten der Aufständischen etwa 2 500 Menschen zum Opfer fielen. In den folgenden Wochen wurden Oppositionelle scharf verfolgt, etwa 200 000 von ihnen flohen ins westliche Ausland. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

6

In der Neukladower Allee im Ortsteil Kladow des Westberliner Bezirks Spandau befand sich ein von der Arbeiterwohlfahrt betriebenes Flüchtlingslager für männliche Jugendliche mit einer Kapazität von 650 Plätzen. Vgl. Effner, Bettina; Heitzer, Enrico; Schaller, Tina (Hg.): Verschwunden und vergessen. Flüchtlingslager in West-Berlin bis 1961. Berlin 2012.

7  
Otto Suhr, Jg. 1894, SPD-Politiker, 1955–57 Regierender Bürgermeister von Berlin.

8  
Nach Auskunft des Landesarchivs Berlin wurde das Lager im Jahr 1956 von einer Frau Bütow geleitet.

9  
Hier wird angespielt auf die Entwicklung der Situation in Polen nach der Niederschlagung des Posener Arbeiteraufstandes Ende Juni 1956. Da die innenpolitische Situation in Polen instabil blieb und sich in der Bevölkerung eine zunehmend antisowjetische Stimmung zeigte, setzte der reformorientierte Flügel der PVAP eine Umbildung der Parteiführung durch, um die Situation zu beruhigen. Am 21.10. wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt, während die Vertreter des stalinistischen Flügels nicht mehr ins Politbüro gewählt wurden. Die Wahl Gomułkas stieß auf enthusiastische Reaktionen in der Bevölkerung, die in einer Demonstration mit etwa 500 000 Teilnehmern am 24.10. in Warschau gipfelten. Im Anschluss daran kam es im November 1956 in vielen Städten Polens zu Demonstrationen und zu Angriffen auf sowjetische Einrichtungen. Vgl. dazu Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 61–126, hier 89–124.

10  
Ein Ort oder ein Lager dieses Namens ließ sich nicht ermitteln. In der etwa 10 km vom Grenzübergang Helmstedt/Marienborn entfernten Gemeinde Wolsdorf existierte in den 1950er Jahren kein Flüchtlingslager.

11  
In den Notaufnahmelagern für die DDR-Flüchtlinge wurden die Ankommenden auch von den Geheimdiensten der drei westlichen Besatzungsmächte befragt. Vgl. dazu Allen, Keith R.: Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961. Berlin 2013.

12  
Im Original: »Haddekath«.

13  
In Eisenach befand sich seit 1953 das Aufnahmeheim für Zuwanderer und Rückkehrer aus der Bundesrepublik für den Bezirk Erfurt. Zu den Aufnahmeheimen vgl. Bispinck, Henrik: Zwischen Anwerbung und Abschreckung. West-Ost-Migranten und Aufnahmeheime in der Propaganda der DDR in den 1950er und 1960er Jahren. In: Ders.; Hochmuth, Katharina (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung. Berlin 2014, S. 115–140.

14  
Gemeint ist der VEB Werkzeugmaschinenbau in Zeulenroda.

15  
Im Bützow befand sich von 1953 bis 1956 das Aufnahmeheim für Zuwanderer und Rückkehrer aus der Bundesrepublik für den Bezirk Schwerin.

16  
Im Pankower Ortsteil Blankenfelde befand sich das Aufnahmeheim für Zuwanderer und Rückkehrer aus der Bundesrepublik für Ostberlin.

17  
Gemeint ist vermutlich Fürstenwalde. In Molkenberg bei Fürstenwalde befand sich das Aufnahmeheim für Zuwanderer und Rückkehrer aus der Bundesrepublik für den Bezirk Frankfurt/O.

18  
Um als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden, mussten Flüchtlinge aus der DDR in einem der drei zentralen Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde, Gießen und Uelzen das Bundesnotaufnahmeverfahren durchlaufen. Vgl. Kimmel, Elke: Das Notaufnahmeverfahren. In: Effner, Bettina; Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005, S. 115–133.